



Rundbrief 2017/11 / Nr. 1

**Bei Verlegung von
Dienststellen werden
BelegschaftsvertreterInnen
hintergangen**



ugod.at



Unabhängige GewerkschafterInnen im Öffentlichen Dienst und in ausgliederten Betrieben

„Verlagerung“ von Dienststellen: BelegschaftsvertreterInnen werden hintergangen

Bild: bmfuw.gv.at



MINISTERIUM FÜR EIN LEBENSWEERTES ÖSTERREICH ?



Presseaussendung der ULLF

Unabhängige Liste

Land- Forst- Umwelt und Wasserwirtschaft

Josef Hoppichler

Fraktion ULLF-UG,
Erweiterte UGÖD-Bundesvertretung
Bundesanstalt für Bergbauernfragen



ULLF-News 3/17: SKANDAL

„Lebens-Minister“ Rupprechter will das Umweltbundesamt von Wien nach Klosterneuburg übersiedeln, mehr als 500 KollegInnen sind betroffen.

Betriebsrat und Personalvertretung haben davon erst aus den Medien erfahren.

Und weitere Ministerien sollen bald folgen.


Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Obwohl von einigen Seiten gewünscht, haben wir im vergangenen Nationalratswahlkampf weder zum Masterplan für den ländlichen Raum noch zur Dezentralisierung von Bundesbehörden ein zweites Mal Stellung genommen. Wir haben uns als Unabhängige und Mitglieder der UGÖD absichtlich nicht eingemischt und keine Aussendungen im Wahlkampf gemacht. Bis jetzt...

ÖVP-„Masterplan“: Bundesbehörden hinaus aufs Land

Der ÖVP-„Masterplan“ für den ländlichen Raum sah die Verlagerung von Bundesbehörden in den ländlichen Raum vor. Es war definiert:

Nur „in enger Abstimmung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ der in Frage kommenden Behörden.

 www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum/masterplan-verwaltung-s-1-dezentrale-verwaltung.html

Die Realität: Umsiedlung ohne Vorwarnung

Doch bereits kurz vor (!) Ende des Wahlkampfes am 7. Oktober 2017 wurde schon in der „Presse“ bekannt, dass intensive Verhandlungen zur Absiedlung des Umweltbundesamtes (UBA) von Wien nach Klosterneuburg im BMLFUW geführt werden, und dass das alles über 50 Mio. Euro kosten solle. Von „Postenschacher“ und ministerieller „Unwahrheit“ war von Oppositionsseite die Rede.

Schon EINE WOCHE (sic!) nach der Wahl — am 24. Oktober — verkündeten Bundesminister Andrä Rupprechter, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Klosterneuburgs Bürgermeister Stefan Schmuckenschlager stolz, dass das Umweltbundesamt jetzt dorthin übersiedeln müsse. Ungefragt.

Niederösterreich und Klosterneuburg würden damit ein Bauvorhaben mit 12 Mio. Euro unterstützen. Geschätzte Gesamtkosten: 46,5 Millionen Euro

Die Folgen sind schwerwiegend:

Völlig unnötige Kosten, dazu verlängerte Arbeitswege für mindestens 520 MitarbeiterInnen, und die gewaltsame Zerteilung einer funktionierenden Infrastruktur.

Wir analysieren, woher der Wind weht.

Trotz ÖVP-Wahlversprechen: Betriebsrat und 520 MitarbeiterInnen zu spät informiert

Der Betriebsrat des Umweltbundesamtes wurde erst am 23. Oktober — also einen Tag vor der Presse — im Aufsichtsrat informiert, dass eine Übersiedlung für ca. 520 MitarbeiterInnen nach Klosterneuburg in ca. 4 Jahren anstehe.

Es erfolgte keine Einbindung der MitarbeiterInnen, weder rechtzeitig noch „auf Augenhöhe“.


(Damit wurde der „Masterplan“ übrigens schon eine Woche nach der Wahl zur Makulatur!)

Aus den Medien erfahren: Weitere Ministerien sollen übersiedeln!

Einen Tag später, am 25. Oktober, wird im STANDARD und ORF online von weiteren abzusiedelnden Bundesbehörden des BMLFUW berichtet: Die Wildbach- und Lawinerverbauung von Wien, Niederösterreich und Burgenland soll „konzentriert“ aufs Land ziehen. Die Bundesanstalt für Bergbauernfragen soll nach Osttirol übersiedelt werden.

Auch die Personalvertretung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen wurde damit komplett überfahren und in absurder Weise fast beleidigend übergangen.

 www.orf.at/stories/2412324/2412325/

 www.derstandard.at/2000066665959/Rupprechter-will-weitere-Bundesbehoerden-aufs-Land-verlagern


ULLF-UG: Betroffene MitarbeiterInnen empört

Wir von ULLF-UG finden das ungeheuerlich! Zuerst möchten wir Euch die Empörung der MitarbeiterInnen des Umweltbundesamtes zur Kenntnis bringen:

 www.wien.orf.at/news/stories/2874384/

Minister findet Stellungnahme seiner MitarbeiterInnen „absurd“

Hier die wirklich sehr sachliche Stellungnahme der Personalvertretung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen — die Bundesminister Andrä Rupprechter wörtlich als „absurd“ abtat:

 www.science.apa.at/rubrik/politik_und_wirtschaft/Mitarbeiter_der_Bergbauern-Anstalt_wollen_in_Wien_bleiben/SCI_20171025_SCI40111351038857708

Warum diese Eile, Herr Minister?

Zusätzlich ist anzumerken: Es gibt noch keine neue Regierung, und schon versetzt der „alte“ Landwirtschaftsminister Bundesbehörden aufs Land!

Wurde der potentielle Koalitionspartner überhaupt schon mit derartigen Plänen befasst?

Warum MinisterInnen Übersiedlungen planen

Gute Gründe für eine zwangsweise Verlagerung von ganzen Ministerien aus Wien in den ländlichen Raum Österreichs gibt es nicht:

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen können sich nicht des Eindruckes erwehren, dass durch die überhastete Vorgehensweise von Minister Rupprechter der Wahlkampf in Niederösterreich vorzeitig eröffnet werden soll.

Ex-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) wurde 2017 als neue niederösterreichische Landeshauptfrau aufs Land versetzt. Erhofft sie sich neue WählerInnen durch die Arbeitsplatzverlagerung von MitarbeiterInnen einer Bundesbehörde nach Klosterneuburg? Viele der Betroffenen haben Familie und möchten aus Vereinbarkeitsgründen nicht zu PendlerInnen werden.

Will Ex-Landwirtschaftsminister Andrä Rupprechter einer Parteikollegin helfen, eine Länderwahl zu gewinnen? Der Minister hat gute Kontakte zur ÖVP-nahen Wirtschaft. Die Homepage des Lebensministeriums zeigt Rupprechters Geschäftsfreunde und Lobbyingpartner, so dass der Verdacht nahe liegt, dass der Minister mit seinen Entscheidungen anderen als Staatsinteressen dient.

Mit idyllischen Bildern und einfachen Worten wirbt das Lebensministerium fürs Arbeitsglück am Land.

10% der MitarbeiterInnen des Lebensministeriums sollen bald im ländlichen Raum arbeiten müssen. In weiteren Ministerien kann dasselbe Versetzungsschicksal bis zu 3500 Bundesbedienstete und ihre Familien treffen:

- **Tägliches Pendeln** ohne ausreichende Parkräume!? Das **Verkehrschao**s ist vorprogrammiert — sowohl im städtischen als auch im ländlichen Raum.
- Werden **Arbeitsplätze eingespart** für die Übersiedlungskosten?
- Wie wird die **Effizienz der Bundesbehörden** garantiert, wenn sie aus dem ländlichen Raum den gesetzgebenden Körperschaften in Wien für Expertisen und Beratungen zur Verfügung stehen sollen?
- Warum gab es **keine Mitsprache ‚auf Augenhöhe‘**?
- Falls die Übersiedlung vollständiger Behörden auch aus anderen Ministerien Wirklichkeit wird: Wo ist die Infrastruktur für die Beschäftigten und ihre Familien? Im ländlichen Raum **fehlen Ausbildungs- und Arbeitsplätze** für die Angehörigen!
- **Wien bot schon mehrmals Grundstücke an** für Bundesbehörden, die in bereits sanierungsbedürftigen Bauten untergebracht sind: Forum Donaustadt, Seeparkquartier, Sonnenallee.





Mit nur 31 % der WahlerInnen-Stimmen zu 100 % bestimmen zu wollen – das ist keine Demokratie.

Allen „Freunden“ recht getan ist eine Kunst, über die stolpert derzeit Andr  Rupprecht (ÖVP), bisheriger Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

Foto: Tijmen Schuil / Lebensministerium.at, 3 1. 2014
CC-BY-SA 3.0



2017 wurde Ex-Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) aufs Land versetzt. Holt sich die neue Landeshauptfrau nun einfach die Ministerien in ihr Bundesland nach, um so WahlerInnen zu „gewinnen“?

Photo by Manuela Gßnitzer, 9. 12. 2007,
CC-BY-SA 3.0

Die Homepage des BMLFUW - eine Werbeseite von ÖVP und Bauernbund?



**MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH**

Bild: bmlfuw.gv.at

Auf der Homepage des Lebensministeriums findet man freundliche Bilder vom Ex-Bauernbundprasidenten bis zum Generalanwalt des sterreichischen Raiffeisenverbandes. Alle Beteiligten werden so offiziell abgebildet, als ob sie für die Entscheidungen des Ministeriums wichtig waren – und möglicherweise sogar für die ‚Behrdenverlagerung‘ mitverantwortlich:





Raiffeisen-Generalanwalt Walter Rothensteiner (links, ÖVP) neben Ex-GD-Vorsitzendem Fritz Neugebauer (rechts, ÖVP)

Aufgenommen anlasslich einer Gedenkveranstaltung zum 50. Todestag von Leopold Figl, 07.05.2015

Foto: Dragan Tatic / sterreichisches Außenministerium
cc-by-2.0

Posted to Flickr by sterreichisches Außenministerium at
<https://flickr.com/photos/88775815@N04/17406458375>

 www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum/masterplan-verwaltung/s-1-dezentrale-verwaltung.html

 www.bmlfuw.gv.at/land/masterplan-laendlicher-raum/schwerpunkt-sprecher.html

Öffentlichkeit aufgerüttelt, Minister unter Beschuss

Offenbar wurde nicht mit Gegenwehr gerechnet. Diese kommt nun umso massiver. Der Kritik schließen sich nun auch Arbeiterkammer, die Medien und sogar Greenpeace an:

<http://wien.orf.at/news/stories/2877073/>
<http://orf.at/stories/2414228/2414230/>

<http://derstandard.at/2000067468628/Belegschaft-protestiert-gegen-Umsiedlung-des-Umweltbundesamts>

<http://www.vienna.at/umweltbundesamt-mitarbeiter-proben-den-aufstand/5545641>

http://www.kleinezeitung.at/kaernten/osttirol/aktuelles_osttirol/5316793/ORF-Report_Wiener-Wissenschaftler-wollen-nicht-nach-Osttirol

<https://www.wien.gv.at/presse/2017/11/08/sima-zu-umweltbundesamt-kuendigt-rupprechter-gesetzesbruch-an>

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171109_OTS0138/umweltbundesamt-greenpeace-absiedlung-ist-kriegserklaerung-an-umweltkontrolle

„Gewerkschaften wie Vida und die **Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst UGÖD**, aber auch die Sozialistische Jugend (...) sowie die Umweltorganisation Greenpeace kritisierten den Minister in ihren Aussendungen scharf.“

<http://derstandard.at/2000067468628/Belegschaft-protestiert-gegen-Umsiedlung-des-Umweltbundesamts>



Rupprechter unter Einfluss von Bauernbund und Raiffeisen-Konzern?

Eigentümlich fällt auch ein anderes Detail auf: Warum engagieren sich der Generalanwalt des österreichischen Raiffeisen-Verbandes und der Ex-Bauernbund-Präsident so beim ÖVP-„Masterplan“ für den ländlichen Raum?

Die Zentrale des Raiffeisenkonzerns in Wien macht es deutlich: Sie verursachte die Verarmung des ländlichen Raumes in Österreich. Es waren die Raiffeisenbanken, die über Jahrzehnte gegen lächerlich niedrige Zinsen das Geld der Landbevölkerung einsammelten und dieses umleiteten in die internationalen Finanzmärkte.

Die gläserne Raiffeisen-Konzernzentrale in Wien. Jahrzentelang baute sich der Konzern teure Glaspaläste und Einkaufszentren vom Geld der österreichischen Landbevölkerung.

Raiffeisen: Einkaufszentren gebaut, Kleinbetriebe ausgehungert

Die Einkaufszentren und Großketten kamen direkt aufs Land — nahezu jede Ortschaft hat nun ihren Speckgürtel. Dafür starben die österreichischen Dörfer und Kleinstädte aus. Kleinhändler und Kleinbetriebe verarmen oder ziehen weg, die Ortskerne leeren sich seit Jahren. Diese Konzernstrategie vernichtete überall am Land Arbeitsplätze — von Tirol bis nach Asien.



Denn was der Raiffeisen-Konzern nicht in Österreich gewinnbringend ‚investieren‘ kann, das investierte ‚Raiffeisen International‘ im Osten in der Ukraine, in Russland und Kasachstan.

Immer seltener reinvestiert der Milliarden-Konzern das Geld von Bauern, Landarbeitern und Agrarförderungen tatsächlich in den strukturschwachen ländlichen Raum. Repräsentative Neubauten und Einkaufszentren sind lukrativer. Was wohl der Gründer Friedrich Wilhelm Raiffeisen heute dazu sagen würde?



Alle Beiträge findet ihr auch auf:
<https://diealternative.org/ugod/>

Raiffeisen-Konzern dezentralisieren statt Ministerien!

Bevor Bundesbehörden dezentralisiert werden, muss der Raiffeisen-Konzern wieder dezentralisiert werden! Der Milliardenkonzern muss zurück aufs Land, und einen viel höheren Anteil der Einlagen wieder im strukturschwachen ländlichen Raum investieren.

Es ist absurd, den Niedergang des ländlichen Raumes mit der Umsiedlung von Bundesbehörden kompensieren zu wollen, während sich die verursachende Bank selbst kaum noch engagiert:

- Das **Raiffeisen-Banken-Monopol** im ländlichen Raum muss hinterfragt werden.
- Das **Raiffeisen-Medien-Monopol** muss aufgelöst werden.
- Das **Raiffeisen-Monopol in der Land- und Forstwirtschaft** verursacht die Strukturschwäche im ländlichen Raum und muss aufgelöst werden.

Erst danach kann ein Masterplan für den ländlichen Raum wirkungsvoll in Angriff genommen werden! Alles andere ist eine Schwindel-Packung.

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen im öffentlichen Dienst fordern einen Masterplan für den ländlichen Raum, der sich nach Kriterien des Umwelt-, Klima- und Naturschutzes richtet.

Die Politik muss einen Ausgleich schaffen, damit die Bevölkerung überall in Österreich in gesunden und naturnahen Lebensräumen Arbeit und Sinn finden kann.

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller: Bundesleitung der UGÖD, Belvederegasse 10/1, A-1040 Wien
Fax: (01) 505 19 52-22, email: office@ugod.org

Vorsitzende: Beate Neunteufel-Zechner, Reinhart Sellner

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 2: Medieninhaber (Verleger) sind die Unabhängigen Gewerkschafter/innen im Öffentlichen Dienst (UGÖD). Die UGÖD ist ein eingetragener Verein (ZVR-Zahl 126495968).

Offenlegung laut Mediengesetz laut §25, Absatz 4: Die Blattlinie entspricht den Vereinszielen der UGÖD gemäß Vereinsstatut.

Verweise und Links: Die UGÖD hat keinerlei Kontrolle über die Websites Dritter und die dort angebotenen Informationen, Waren oder Dienstleistungen. Die UGÖD übernimmt daher keinerlei Verantwortung, aus welchem Rechtsgrund auch immer, für den Inhalt der Websites Dritter.

Bildmaterial: Falls nicht explizit anders gekennzeichnet: UGÖD, wikimedia.org, pixabay.com, freeimages.com, eigene